

Tagesanzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Samstag
15. August 2015

123. Jahrgang Nr. 187
Fr. 3.60, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich

Wochenende
Im Kennedyland
regiert jetzt ein
Naturschützer.
33, 34

Gerold-Areal
Ein Beispiel dafür,
wie Zürich-West
lebendig bleibt.
17

Marcel Jenni
Wie der Hockeystar
mit dem lädierten
Körper kämpft.
32



Die Toten Hosen
Alles zum Auftritt in
Zürich noch in der
Nacht auf Sonntag.
tagesanzeiger.ch

Leitartikel Verhältnis zur EU, Altersvorsorge, Energiewende: Zum Auftakt des Wahlkampfs zeigt sich der grosse Reformbedarf in der Schweizer Politik. Gefragt sind deshalb Gestaltungswille und Augenmass. Parteidogmatiker sollten abtreten. *Von Daniel Foppa*

Zeit für eine Zäsur

Bundesrat und Parlament haben sich diese Woche aus der Sommerpause zurückgemeldet. Und die politischen Gewichte wieder zurechtgerückt: Die Landesregierung wählte Jacques de Watteville zum Chefunterhändler für EU-Angelegenheiten, die Energiekommission des Ständerats will keine Laufzeitbegrenzung für AKW, und die Sozialkommission der kleinen Kammer berät in Dauersitzungen die Altersvorsorge 2020. Damit stehen nach der Flüchtlingsdebatte wieder jene Bereiche im Fokus, die für die Zukunft des Landes entscheidend sind. Die drei Themen haben etwas gemeinsam: Der Reformbedarf ist gross. Und die Zeit drängt.

In den nächsten Monaten geht es darum, das Verhältnis zur EU zu klären, die künftige Energieversorgung zu gestalten und die Altersvorsorge dem demografischen Wandel anzupassen. Dies alles vor dem Hintergrund des überbewerteten Frankens mit seinen Folgen für die Privatwirtschaft und die öffentlichen Finanzen. Selten waren die politischen Akteure in der jüngeren Geschichte der Schweiz so gefordert. War es während der Hochkonjunktur noch möglich, Probleme auszusitzen, geht dies angesichts des wirtschaftlichen Drucks, der globalen Vernetzung und der Alterung der Gesellschaft nicht mehr. Die Rückzugsgefechte beim Bankgeheimnis haben gezeigt: Ist die Schweiz nicht fähig, sich aus eigenem Antrieb zu reformieren, werden Reformen von aussen aufgezwungen.

Zentrifugale Kräfte

Mitten in diese Zeit fallen die eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober. Mit Blick auf die Herausforderungen kann man sich nur die Wahl von möglichst vielen reformwilligen Kandidaten



wünschen. Leicht zu erfüllen ist dieser Wunsch allerdings nicht.

Die Schweiz hat das am stärksten polarisierte Parteiensystem Europas. Kaum eine andere sozialdemokratische Partei steht so links wie die SP, keine andere nationalkonservative Partei spielt eine derart dominierende Rolle wie die SVP. Die regelmässig mit Initiativen scheiternde SP hat sich zuneh-

mend von einer gestaltenden zu einer bremsenden Kraft gewandelt, die mit Maximalforderungen und Referenden Reformen gefährdet. Auch ihre bisherigen Äusserungen zur Altersvorsorge zeugen davon - obwohl ohne Gegenmassnahmen die Finanzierungslücke der AHV um 2030 rund 8,9 Milliarden Franken pro Jahr betragen wird. Die SVP ihrerseits hat dem Land mit der

Zuwanderungsinitiative ein wirtschaftspolitisches Vabanquespiel eingebracht und stellt sich mit Rücksicht auf ihre Klientel gegen jede noch so vernünftige Reform bei der Armee und der Landwirtschaft. Auch hier nach dem Motto «Koste es, was es wolle». Kommt hinzu, dass in beiden Parteien Kräfte tonangebend sind, die noch weiter zu den politischen Rändern drängen.

Polarisierung ist kein neues Phänomen in der Schweizer Politik. Aber ihre Auswirkungen werden immer spürbarer. Ein Parlament, das sich im parteipolitischen Taktieren verliert, ist mit globalen Trends überfordert - sei es bei der Wettbewerbsfähigkeit, der Energieversorgung oder der Migration. Darum ist die Zeit für eine Zäsur gekommen.

Dem Sturm nicht gewachsen

Im Idealfall wird 2014 in die Geschichtsbücher eingehen als Höhepunkt und Abschluss einer Phase radikaler Initiativen, als mit der Zuwanderungs- und der Pädophileninitiative erstmals zwei Volksbegehren in einem Jahr angenommen wurden. 2015 wäre dann das Jahr zunehmenden Rasonnements. Das Jahr, in dem sich die Schweiz wieder auf Tugenden wie Gestaltungswille und Augenmass besinnt - und sein Parlament entsprechend bestellt. Nicht, weil uns von Natur aus der Wille nach eingemitteten und kompromissbereiten Pragmatikern steht. Nicht, weil die 2011 entstandene neue Mitte in dieser Legislatur wirklich überzeugt hätte. Sondern weil die Lage zu ernst ist für Klamaukpolitiker, Selbstdarsteller und Dogmatiker. Sie dürfen getrost von der politischen Bühne abtreten.

Sinkt die Zahl der politischen Scharfmacher in Bern, steigt auch die Chance, dass die nötigen Reformen am Schluss nicht in einer Volksabstimmung scheitern. Die Wahlen in zwei Monaten bieten die Möglichkeit zur Kurskorrektur. An uns ist es, Volksvertreter zu wählen, die sich zur überparteilichen Lösungssuche bekennen. Und ihr Handeln nicht primär der Logik der eigenen Partei unterordnen. Denn ein Land, das vor sich hin dümpelt, ist dem Sturm nicht gewachsen.

Service

Börse	10	Veranstaltungen	27
Leserbriefe	15	Fernsehprogramme	39
Todesanzeigen	24	Rätsel	44
Gottesdienste	26	Wetter	47

Abo-Service 044 404 64 64
www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41
(Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch,
inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21,
8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch



Schweiz sucht das Gespräch mit Eritrea

Die Schweiz würde gerne einen Migrationsdialog mit Eritrea anstossen. Das sagt Eduard Gnesa, Sonderbotschafter für internationale Migrationszusammenarbeit, im Interview. Er erklärt, weshalb die Schweiz 2006 die Entwicklungstätigkeit in Eritrea einstellen musste: Eine Zusammenarbeit sei nicht mehr möglich gewesen. Weiter berichtet Gnesa von den sich laufend verändernden Migrationsströmen. Weil nordafrikanische Länder für Syrer eine Visumpflicht eingeführt hätten, kämen die Menschen aus dem kriegsversehrten Land zunehmend über die Türkei und Griechenland nach Europa. (bua) - Seite 3

Heute

Vorsicht vor organisiertem Datenklau auf Geschäftsreisen

Der Schweizer Nachrichtendienst warnt Geschäftsleute eindringlich vor leichtsinnigem Umgang mit sensiblen Dateien. Gerade bei Reisen im Ausland sollte auf unsichere Netzwerke verzichtet werden, und selbst bei Zöllnern sei höchste Vorsicht geboten. - Seite 4

Griechenland kann mit neuem Hilfspaket planen

Die Finanzminister der Eurostaaten akzeptierten gestern in Brüssel die von Experten ausgehandelten Bedingungen für weitere Kredite von bis zu 86 Milliarden Euro für Griechenland. Noch fehlt die Billigung durch einige nationale Parlamente. Eine Ablehnung scheint sehr unwahrscheinlich. - Seite 6

Die US-Flagge kehrt nach 54 Jahren offiziell nach Kuba zurück

US-Aussenminister John Kerry hat gestern in Havanna die Botschaft wiedereröffnet, die 1961 wegen des Embargos gegen Kuba geschlossen wurde. Der Schweizer Bundesrat Didier Burkhalter war bei der schlichten Feier dabei. Kommentar Seite 2, Bericht Seite 7

Familiendrama im Kanton Neuenburg

Beim Felskessel Creux du Van im Kanton Neuenburg wurden gestern die Leichen eines Vaters und seiner beiden Kinder gefunden. Der Mann hatte einen Abschiedsbrief hinterlassen. In der Nähe fand die Polizei zudem die Leiche einer Frau, die aber offenbar nichts mit den drei anderen Opfern zu tun hat. - Seite 16

Kommentare & Analysen

«Die Komik von Emils Figuren wirkt wie nachgereichte Wärme.»

Jean-Martin Büttner über einen Helden seiner Jugend. - Seite 5

Tages-Anzeiger

Heute kein «Magazin»
Vorige Woche erschien «Das Magazin» als Doppelnummer, die nächste Ausgabe liegt kommenden Samstag bei.

Anzeige

Besuchen Sie uns.
www.ewz.ch/steckdose

Blick hinter die Steckdose

Samstag, 29. August 2015
10.00 - 16.00 Uhr
Eduard-Imhof-Strasse 3-5 / beim Oerliker Park

Ihre Gastgeber
ewz Die Energie
PÖYRY
ABB